

Milchviehhalter-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz

- 1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

Wir Freie Demokraten lehnen zentralverwaltungswirtschaftliche Mengenregulierungen grundsätzlich ab. Wir wollen auch keine befristeten Mengenbegrenzungen, welche nur die Symptome eines nicht reibungsfrei funktionierenden Marktgeschehens vertagen. Wir Freie Demokraten stehen stattdessen für eine liberale Ordnungspolitik, die im Milchsektor endlich grundlegende Hürden für eine marktwirtschaftlichen Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt und wettbewerbsverzerrenden Konzentrationen von Marktmacht in der gesamten Wertschöpfungskette Grenzen setzt.

- 2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?**

Wir Freie Demokraten sehen eine ordnungspolitische Verantwortung des Gesetzgebers dafür, den marktwirtschaftlichen und mengenregulierenden Preismechanismus in der gesamten Wertschöpfungskette funktionsfähiger zu machen, als er derzeit ist. Nicht zuletzt das Bundeskartellamt hat diesbezüglich eine ganze Reihe von Problemen aufgezeigt, die sich unter anderem aus den starren genossenschaftsrechtlichen Lieferbeziehungen (Kombination aus Andienungs- und Abnahmepflicht), überzogenen Kündigungsfristen und einer problematischen Konzentration von Verhandlungsmacht im Lebensmitteleinzelhandel ergeben.

3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?

Branchenorganisationen, die sich mit einer Verbesserung der Markttransparenz oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen, könnten für den Milchsektor durchaus von Nutzen sein. Was wir Freie Demokraten jedoch entschieden ablehnen, ist die Vorstellung einer kartellähnlichen Branchenorganisation zum Zwecke umfassender Mengenbündelungen oder Preisabsprachen. Der Milchsektor braucht schließlich mehr Wettbewerb und nicht weniger.

4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?

Unabhängig von der Rolle von Branchenorganisationen sehen wir Freie Demokraten auf dem deutschen Milchsektor durchaus noch Chancen für Innovation und Marktdiversifizierung. Wie ein Blick in die europäischen Nachbarländer verrät, bietet der Markt heute Raum für mehr Vielfalt und Regionalität. In den Niederlanden hat Weidemilch schon einen Marktanteil von 20 Prozent. In Österreich wird inzwischen zu 15 Prozent Heumilch vermarktet. Durch derartige Vermarktungslinien lassen sich nicht nur Kundenbindung und Wertschöpfung erhöhen, sondern auch globale Marktschwankungen besser abfedern. Branchenorganisationen könnten hierbei beispielsweise als Schutzgemeinschaften für europarechtlich geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) oder garantiert traditionelle Spezialitäten (g.t.S.) fungieren.

5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

Der überwiegende Teil der Milcherfassung läuft in Deutschland über Genossenschaftsmolkereien. Wie bereits dargestellt gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht daher dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen. Zeitlich befristete Liefervereinbarungen über Menge, Qualität und Festpreis könnten zum Beispiel ein Modell sein, dass den Erzeugern ebenfalls ein hohes Maß an Absicherung bietet, den Molkereien aber womöglich zugleich eine vermarktungsgerechtere und preisstabilere Angebotssteuerung ermöglichen würde als das bisherige Geflecht aus Andienungs- und Abnahmepflicht. Insofern sind gesetzgeberische Möglichkeiten zu prüfen. Die Marktteilnehmer wollen wir aber in diesem Zusammenhang nicht aus der Verantwortung entlassen, entsprechende Reformen auch selbst voranzutreiben.

6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?

Wir Freie Demokraten sehen in der Einführung eines europaweiten Tierwohllabels und Herkunftskennzeichens eine Chance auf höhere Einkommen. Wir fordern zusätzlich die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage.